Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 43 (1996)
Heft: 3

Artikel: Peter Arbenz : Konfliktregelung hat Grenzen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-368736

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

der frühen Schweizer Geschichte, als die Völker unseres Landes klarstellten: «Wir wollen keine fremden Herrscher.»

Titos starke Hand

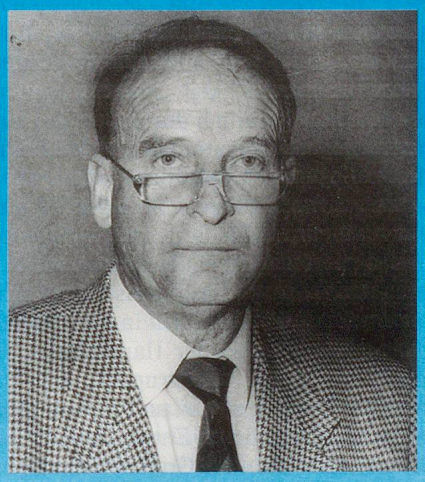
Unter Marschall Tito wurde dann im Jugoslawien in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gleichgewicht aufgebaut. Unter dem gemeinsamen Dach des nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen künstlichen Staates Jugoslawien zog Tito willkürliche Grenzen und erliess immer neue Verfassungen. Unter dem ehernen Gesetz des Kommunismus war dies relativ leicht zu bewerkstelligen. Die Serben waren aber das grösste Volk und berherrschten den Partei- und Staatsapparat. Überall waren Serben. Als nach dem Tode Titos (er war übrigens ein Kroate) der Staat Auflösungserscheinungen zeigte, kam die Idee von Grossserbien auf. Diese Doktrin machte sich Milosevic zunutze. «Das Staatsvolk von Jugoslawien sind wir», propagierte er. «Wenn Jugoslawien aufgelöst wird, müssen wir Grossserbien wieder haben»: Das alles fand rauschenden Beifall bei der serbischen Bevölkerung, führte aber auch zu den unseligen Konflikten um die Grenzziehung.
Erst mit dem Einschreiten der Grossmächte wurde nun eine Patt-Situation erreicht. Sie setzten den «Frieden» mit Macht durch. «Linien ziehen und den Krieg einfrieren lassen», ist wohl die zutreffendere Bezeichnung. Nun werden komplizierte Konstruktionen geschaffen, von denen sich erst noch zeigen muss, ob sie sich bewähren werden.
Ein Problemgebiet wird zweifellos Bosnien bleiben, das als Nation nur ein sehr vager Begriff ist, vor allem auch aus ethnischen Gründen. Andere Balkanvölker haben ihre Nationalkirche, die bosnischen Muslime haben sie nicht. Bosnien ist deshalb eine Art «Negativnation», und der Versuch, ihr eine Identität zu geben, ist sehr problematisch. ▲

Peter Arbenz: Konfliktregelung hat Grenzen

Als Generalinspektor der Unprofor im Jahr 1994 verfolgte Peter Arbenz das Kriegsgeschehen in Ex-Jugoslawien aus nächster Nähe. Er besuchte im Verlauf seiner Tätigkeit 40 Blauhelm-Bataillone aus 30 verschiedenen Armeen und lernte so die Aufgaben und Probleme der Blauhelme kennen. Er wurde dabei auch der Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktregelung durch die UNO und die internationalen Organisationen gewahr.
Der Krieg auf dem Balkan ist in seiner Komplexität wohl kaum mehr zu überbieten. Aufgrund der historischen Bindungen sind europäische Staaten, Russland, islamische Staaten und die USA in irgendeiner Weise involviert. Mit dem Kriegsgeschehen befassten sich internationale Organisationen wie der Europarat, die UNO, die Nato und die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Aus humanitären Gründen schalteten sich rund 200 internationale Organisationen in das Geschehen ein. Auf diese Weise entstand ein Geflecht, das kaum mehr zu koordinieren war.
Die Uneinigkeit unter den europäischen Nationen, wie dieser Krieg zu beenden sei, erleichterte die Sache auch nicht. Niemand mochte sich engagieren, und die Meinung war weit verbreitet, man solle diesen Krieg «ausbluten» lassen. Die Blauhelme wurden eigentlich nur ins Kriegsgebiet geschickt, um das politische Gewissen zu beruhigen. Arbenz fasste das Blauhelm-Engagement in einem Satz zusammen: «Die UNO hat versagt.»

Frieden ist eine Sache der Macht

Es dauerte lange, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, dass diplomatische Mittel, wirtschaftliche Sanktionen und humanitäres Engagement nicht reichten, um diesen Krieg zu Ende zu bringen. Es bedurfte vielmehr der zunehmenden Kriegsgreuel, die schliesslich das militärische Eingreifen nach sich zogen und zu den derzeit geltenden Waffenstillständen führten. Bis dahin übten die Blauhelme in immer grösserer Zahl ihre undankbare Aufgabe aus. Mit seinem Hinweis auf das Versagen der UNO meinte Arbenz nicht explizit auch ein Versagen der Blauhelme. Aber die ihnen von der UNO zugewiesenen Aufgaben waren sehr beschränkt: humanitäre Hilfe, die Schaffung von Voraussetzungen für Waffenstillstände und Selbstschutz. Immerhin konnten sie zum Beispiel in Mazedonien eine gewisse Präventivwirkung entfalten und man darf ihre Bedeutung für die Schadenminderung nicht unterschätzen. Vor allem hinsichtlich der Unterstützung der zivilen Bevölkerung durch den Schutz von Konvois, die Nahrungsmittelverteilung, die Wiederaufbauhilfe, das Absichern und Betreiben des Flughafens Sarajewo und bei Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien spielten die Blauhelme eine bedeutende Rolle. Andererseits muss man ihre relativ schwache Präsenz bei der Bewertung von Erfolg und Misserfolg mitberücksichtigen. Ein Bataillon hatte einen Einsatzraum von bis zu 5000 Quadratkilometern.



Peter Arbenz: Beobachter aus nächster Nähe

Peter Arbenz studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit war er lange Zeit im Ausland tätig. 1986 wurde er Delegierter des Bundesrates für das Flüchtlingswesen, später Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge. 1994 hielt er sich als Generalinspektor der UNO-Schutztruppe Unprofor im ehemaligen Jugoslawien auf. Heute arbeitet er als Unternehmensberater. ▲

Enge Grenzen gesetzt

Die Grenzen, die den Blauhelmen gesetzt waren, traten allenthalben zutage. Es konnte kein dauernder Waffenstillstand erreicht werden, es gab keine politische Lösung, ein vollständiger Schutz der Schutzzonen war unmöglich, die Blauhelme waren vielen Schikanen ausgesetzt, bei den grossen Distanzen und dem schwierigen Gelände war es unmöglich, das Waffenembargo und die Wirtschaftssanktionen durchzusetzen. Hinzu kam ein sehr unterschiedliches Verhalten der Kommandanten der einzelnen Blauhelm-Einheiten. Die einen gaben jedem Druck nach, andere traten mit einer gewissen Festigkeit auf.

Arbenz: «Verbände, die auf Beschuss energisch reagierten, wurden von den Kriegsparteien viel mehr respektiert.»

Die Rolle der Nato

Der Unprofor-Einsatz genügte also nicht, um die Kriegsparteien zur Vernunft zu bringen. Das war allerdings nicht der direkte Grund für den Nato-Einsatz. Die Nato hatte jedoch auch den Auftrag, die Unprofor aus der Luft zu schützen, falls diese dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage war. Solche Einsätze liefen allerdings über einen schwierigen Kommandoweg, der sich jedoch im Laufe der Zeit recht gut einspielte. Trotzdem wurde von der Möglichkeit der Luftunterstützung nur spärlich Gebrauch gemacht. Erst der heftige Luftschlag der Nato im Sommer 1995 führte zum Erfolg. Arbenz: «Die diplomatische Vermittlung ist ohne das militärische Schwert wirkungslos, solange die Kriegsparteien sich noch irgendwelche Vorteile erhoffen.»

Das massive Eingreifen der Nato führte schliesslich nach langen Verhandlungen zum Dayton-Vertrag mit folgenden Kernpunkten: Bosnien-Herzegowina ist als souveräner Staat zu erhalten, es sind freie Wahlen durchzuführen und dem Staat ist eine neue Verfassung zu geben. Sarajewo ist vereinte Hauptstadt dieses Staates, der sich aus der bosnisch-kroatischen Föderation und der serbischen Republik zusammensetzt. Die feindlichen Armeen werden getrennt und die Nato-Streitmacht wird als Garant des Friedens eingesetzt.

In anderen Verhandlungspunkten, wie zum Beispiel dem Zugang der Serben zur Adria oder dem Korridor zu Gorazde, kam keine Einigung zustande. IFOR-Truppen von rund 60 000 Mann werden den Frieden überwachen. Ihre Präsenz wird über eine lange Zeitdauer erforderlich sein, vermutet Arbenz. Es könnten immer wieder Kriegshandlungen aufflackern. Arbenz: «Die IFOR muss angemessen reagieren, darf sich aber nicht von Kleinigkeiten provozieren lassen, sonst wird sie selber zur Kriegspartei.»

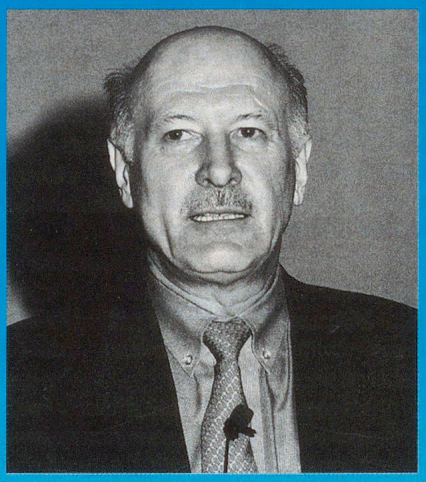
Erich Gysling: Gefahr der Nationalismen

Nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Osteuropa ist seit dem Umbruch der Nationalismus zu einem gestaltenden und umgestaltenden Faktor geworden. Dies vor allem auch in der ehemaligen Sowjetunion mit ihren über 100 Völkern. «Der Nationalismus in Osteuropa – eine Gefahr für den Westen?» Dieser Frage ging Erich Gysling nach. Gysling analysierte vor allem den Zustand im heutigen Russland. Auffallend ist, dass unter den vielen politischen Parteien, die sich nach der Wende gebildet haben, im aussenpolitischen Bereich eine sehr grosse Einigkeit herrscht. Sie sind alle mehr oder weniger nationalistisch geprägt. «Die Nationalisten haben eine enorm starke Position», betonte Gysling. Schirinowski ist nach seiner Erfahrung ein geradezu gemässigter Mann. Es gibt Gruppierungen, die viel stärker rechtsextrem orientiert sind und nur eine Anti-Haltung einnehmen. Schirinowski ist jedoch «der» Exponent des russischen Nationalismus. Das zeigt sich allein schon daran, dass seine Partei bei den Parlamentswahlen einen Stimmenanteil von 11,4 Prozent erreichte. «Ist das Schirinowski-Phänomen neu oder schon alt?», fragte Gysling und erinnerte daran, dass der Nationalismus in Russland bis in die Zarenzeit zurückgeführt werden kann. Es gab schon damals Leute, die eine politische Wirkung erreicht hatten, die bis heute kaum wahrgenommen wird. Als Beispiel nannte er Dostojewski, dessen politische Schriften zu seinen Lebzeiten viel weiter verbreitet waren als seine Romane. Auch zur Zeit der kommunistischen Herrschaft brachten es Nationalisten immer wieder zustande, sich im Parteiapparat einzunisten und ihr Gedankengut einzubringen. Je stärker der Kommunismus wurde, um so nationalistischer wurde er, er wurde antiwestlich, antisemitisch, antiklerikal.

Massive Repressionen

In den Randzonen des riesigen Sowjetreiches brachen aber auch Bestrebungen nach Eigenstaatlichkeit, nach Befreiung von der alten Tyrannei durch Moskau auf. Diese Nationalismen suchten sowohl eine Abgrenzung gegenüber Russland als auch gegenüber dem Westen. Sprachliche und religiöse Unterschiede waren treibende Kräfte, und eine den faschistischen Ideologien nahestehende Denkweise war sehr stark verbreitet. Stalin griff in den dreissiger Jahren mit eiserner Hand durch. Er deportierte ganze Volksgruppen, kollektivierte die Landwirtschaft und zerschlug jede nationalstaatliche Entwicklung. Sein Ziel war, über die alten Grenzen hinweg eine wirtschaftliche Abhängigkeit zu schaffen und damit eine Auflösung des grossen Reiches unmöglich zu machen. Diese Massnahmen wirken heute noch sehr stark nach und sind mit ein Grund, weshalb die Wirtschaften der neuen Staaten dahinserbeln. Aber: Je schlechter es der Wirtschaft geht, umsomehr neigen die Leute dazu, extremen Gruppierungen Gefolgschaft zu leisten. Unter diesem Aspekt ist Gorbatschow heute der Bösewicht schlechthin. Er hat das grosse Sowjetreich zerfallen lassen und damit die heutige wirtschaftliche Misere verursacht.

Heute verlangen Kommunisten und Nationalisten aller Schattierungen die Wiederherstellung der alten Sowjetunion und den Wiederaufbau der alten industriellen Strukturen. Das heisst nichts anderes als Rüstung. Es geht dabei schlicht um die Arbeitsplätze und die Existenz von Millionen. Die Menschen sehnen sich zurück in einen sicheren Hafen. Nationalisten und Kommunisten versprechen das. Nicht unerwähnt bleiben darf die Kirche. In der russischen Denkweise gibt es auch Ideologien,



Erich Gysling kennt Russland aus dem Effeff

Erich Gysling studierte Kulturgeschichte in Wien. Seit 1961 ist er bei Fernsehen, Radio und Zeitungen journalistisch tätig. Er gilt als anerkannter Nahost-Spezialist und befasst sich intensiv mit der ehemaligen Sowjetunion, die er fünf bis sieben Mal pro Jahr besucht. Zurzeit ist Gysling Sonderkorrespondent beim Schweizer Fernsehen DRS in Zürich.